

Anstieg der Industrieproduktion im Januar 2023

Die Produktionsleistung der rheinland-pfälzischen Industrie nahm im Januar 2023 zu. Nach Berechnungen auf der Basis vorläufiger Werte stieg der Produktionsindex gegenüber dem Vormonat preis-, kalender- und saisonbereinigt um 1,3 Prozent.

In zwei der drei industriellen Hauptgruppen erhöhten die Hersteller die Güterausbringung. Der Output der Investitionsgüterproduzenten legte im Januar um 3,5 Prozent zu. Die Vorleistungsgüterindustrie steigerte ihre Produktion gegenüber dem Vormonat um 3,1 Prozent. Der Güterausstoß der Konsumgüterproduzenten, der häufig starken Schwankungen unterliegt, schrumpfte hingegen um 5,7 Prozent.

Ein kräftiges Plus gab es in der Kraftwagen- und Kraftwagenteileindustrie, die gemessen am Umsatz die zweitgrößte Industriebranche ist und zu den Investitionsgüterherstellern zählt. Die Güterausbringung war im Januar 2023 elf Prozent höher als im Vormonat. Die Chemische Industrie ist die umsatzstärkste Industriebranche in Rheinland-Pfalz und gehört zu den Vorleistungsgüterproduzenten; ihr Output erhöhte sich im Januar um 6,3 Prozent. Damit verzeichnete die Branche den ersten Anstieg der Produktionsleistung seit sechs Monaten. Im Maschinenbau, der die drittgrößte Industriebranche ist und zu den Inves-

Konjunktur in Rheinland-Pfalz

Gütergruppe / Branche	Jan 2023	
	Veränderung des Indexwertes ¹ zu	
	Dez 2022	Jan 2022
Entwicklung der Produktion		
Industrie	1,3 % 	-5,2 % 
Vorleistungsgüterproduzenten ²	3,1 % 	-12,8 % 
Investitionsgüterproduzenten	3,5 % 	13,1 % 
Konsumgüterproduzenten	-5,7 % 	-7,9 % 
Herstellung von chemischen Erzeugnissen	6,3 % 	-24,1 % 
Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen	10,6 % 	19,7 % 
Maschinenbau	2,7 % 	12,1 % 
Entwicklung der Auftragseingänge		
Industrie	-6,4 % 	-36,6 % 
Inland	-16,0 % 	-46,3 % 
Ausland	-0,1 % 	-29,6 % 
Vorleistungsgüterproduzenten ²	0,5 % 	-24,2 % 
Investitionsgüterproduzenten	-14,4 % 	-46,6 % 
Konsumgüterproduzenten	-4,1 % 	-38,3 % 
Herstellung von chemischen Erzeugnissen	-7,9 % 	-37,4 % 
Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen	-28,0 % 	-71,0 % 
Maschinenbau	-3,6 % 	-16,5 % 

1 Vorläufige preis-, kalender- und saisonbereinigte Werte. – 2 Einschließlich Energie.

titionsgüterherstellern zählt, nahm der Güterausstoß 2,7 Prozent zu.

Die Ausbringung der Industrie lag im Januar 5,2 Prozent unter dem Niveau des Vorjahresmonats. Von den drei industriellen Hauptgruppen erreichte

nur die Investitionsgüterindustrie einen Zuwachs. Dazu beigetragen haben sowohl Produktionssteigerungen in der Kraftwagen- und Kraftwagenteileindustrie als auch im Maschinenbau. Deutliche Einbußen verzeichneten die Vorleistungsgüterproduzenten, was

Konjunktur aktuell

Weitere Informationen zur wirtschaftlichen Entwicklung in Rheinland-Pfalz und aktuelle Konjunkturdaten finden Sie hier:





mit dem gedrosselten Güterausstoß der Chemischen Industrie zusammenhängt. Auch die Konsumgüterhersteller produzierten weniger als im Vorjahresmonat.

Weniger Auftragseingänge in der Industrie im Januar

Zum Jahresauftakt ließ die Nachfrage nach rheinland-pfälzischen Industrieprodukten deutlich nach. Nach Berechnungen auf der Basis vorläufiger Werte lag der preis-, kalender- und saisonbereinigte Auftrags-

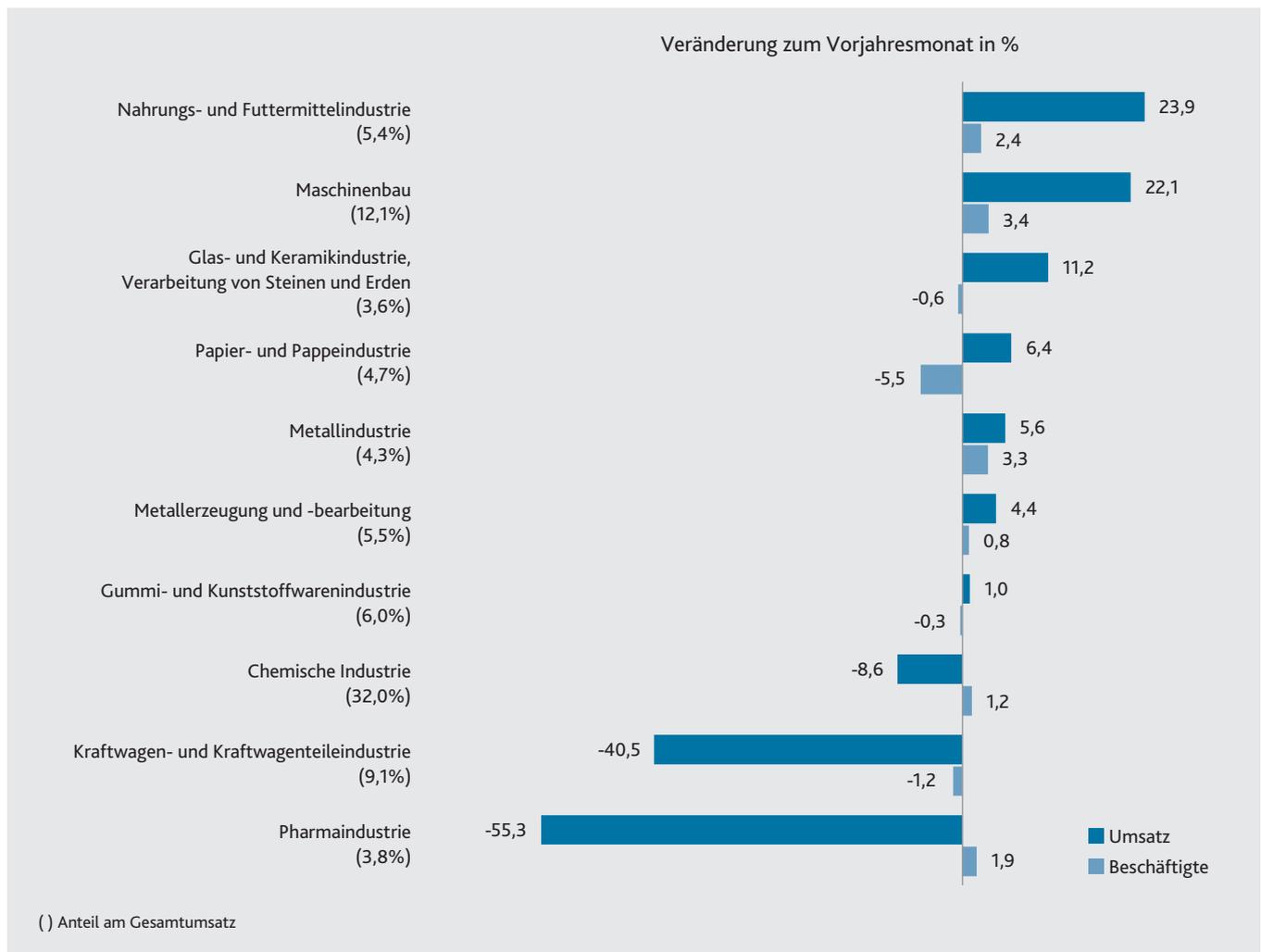
eingangsindex im Januar 6,4 Prozent unter dem Niveau des Vormonats. Der Rückgang ist auf eine Verringerung des Ordervolumens aus dem Inland zurückzuführen (-16 Prozent). Die Bestellungen aus dem Ausland blieben gegenüber Dezember 2022 nahezu unverändert (-0,1 Prozent).

Deutliche Einbußen gab es in der Investitionsgüterindustrie; die Nachfrage fiel 14 Prozent geringer aus als im Vormonat. Bei den Konsumgüterherstellern gingen ebenfalls weniger

Aufträge ein (-4,1 Prozent). In der Vorleistungsgüterindustrie war hingegen zu Jahresbeginn ein leichter Anstieg der Bestellungen zu verzeichnen (+0,5 Prozent).

Zum Rückgang des Ordervolumens in der Investitionsgüterindustrie leistete die Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen, die gemessen am Umsatz die zweitgrößte Industriebranche in Rheinland-Pfalz ist, einen entscheidenden Beitrag. Die Nachfrage nach Kraftwagen und Kraftwagentei-

Umsätze und Beschäftigte in der Industrie im Januar 2023 nach ausgewählten Wirtschaftszweigen



len sank im Januar kräftig um 28 Prozent. Im Maschinenbau, der ebenfalls zur Investitionsgüterindustrie zählt und die drittgrößte Branche ist, gingen 3,6 Prozent weniger Bestellungen ein als im Vormonat. Auch die Chemische Industrie, die zur Vorleistungsgüterindustrie gehört und die mit Abstand umsatzstärkste Industriebranche ist, musste einen Nachfragerückgang hinnehmen (-7,9 Prozent).

Im Vergleich zum Vorjahresmonat fiel die Nachfrage nach Industrieprodukten im Januar 2023 um mehr als ein Drittel niedriger aus – die bereinigten Auftragseingänge lagen 37 Prozent unter dem Niveau von Januar 2022. Sowohl das Inlands- als auch das Auslandsgeschäft liefen wesentlich schlechter als ein Jahr zuvor. Zu dem Rückgang der Bestellungen trugen alle drei industriellen Hauptgruppen bei. Die stärksten Einbußen musste die Investitionsgüterindustrie hinnehmen. Auch in den drei umsatzstärksten Industriebranchen lagen die bereinigten Auftragseingänge deutlich unter dem Niveau des Vorjahresmonats.

Industrie startet mit Umsatzminus ins Jahr 2023

Trotz allgemein steigender Preise lagen die Umsätze der rheinland-pfälzischen Industriebetriebe im Januar 2023 unter denen des Vorjahresmonats. Die nominalen Umsätze sanken gegenüber Januar 2022 um 7,3 Prozent (Deutschland: +11 Prozent). Die Zahl der Beschäftigten nahm um 1,4 Prozent zu (Deutschland: +1,5 Prozent).

Insgesamt setzten die Industriebetriebe im Januar 2023 rund 8,6 Milliarden Euro um. Die Umsätze aus dem Inland sanken um 9,7 Prozent und die aus dem Ausland um 5,6 Prozent. Zum Vergleich: In Deutschland nahm der Umsatz aus dem Inland um zehn Prozent und aus dem Ausland um zwölf Prozent zu. Die Exportquote stieg um 1,1 Prozentpunkte auf 57,4 Prozent.

Drei der zehn umsatzstärksten Branchen erzielten niedrigere Umsätze. Die Chemische Industrie, die den höchsten Anteil am Umsatz stellt, erwirtschaftete 8,6 Prozent weniger Erlöse. Deutlich höhere Rückgänge gab es bei den Herstellern von Kraftwagen und Kraftwagenteilen sowie in der Pharmaindustrie (-41 bzw. 55 Prozent). Die Umsatzzuwächse in den anderen Branchen lagen zwischen einem Prozent bei den Gummi- und Kunststoffwarenherstellern und 24 Prozent in der der Nahrungs- und Futtermittelindustrie. Der Maschinenbau setzte 22 Prozent mehr um als im Vorjahresmonat.

Die rheinland-pfälzischen Industriebetriebe beschäftigten im Januar 2023 rund 259 100 Personen, das waren 3 700 bzw. 1,4 Prozent mehr als im Vorjahresmonat (Deutschland: +1,5 Prozent). In sechs der zehn umsatzstärksten Branchen lag die Zahl der Beschäftigten höher als im Vorjahresmonat: Die größten Anstiege gab es im Maschinenbau (+3,4 Prozent) sowie bei den Herstellern von Metallerzeugnissen (+3,3 Prozent). Die Chemische Industrie erhöhte ihren Personalbestand um 1,2 Prozent. In gleicher Höhe redu-

zierte sich die Zahl der Beschäftigten bei den Herstellern von Kraftwagen und Kraftwagenteilen (-1,2 Prozent). Die höchsten Rückgänge verzeichneten die Papier- und Pappehersteller (-5,5 Prozent).

Sinkende Auftragseingänge und Umsätze im Bauhauptgewerbe im Januar 2023

Das rheinland-pfälzische Bauhauptgewerbe verbuchte im Januar 2023 weniger Aufträge und niedrigere Umsätze als im Vormonat. Die Auftragseingänge verringerten sich kalender- und saisonbereinigt um 17 Prozent. Der baugewerbliche Umsatz sank um fünf Prozent.

Während das Ordervolumen zwölf Prozent unter dem Niveau von Januar 2022 lag, waren die Erlöse 7,3 Prozent höher als im Vorjahresmonat. Preisbereinigte Angaben zu Bestellungen und Umsätzen liegen nicht vor. Angesichts der stark gestiegenen Preise dürfte die Entwicklung von Auftrags-eingängen und Umsätzen real – d. h. um Preisveränderungen bereinigt – schwächer verlaufen sein.

Sowohl im Hochbau als auch im Tiefbau gingen die Bestellungen gegenüber dem Vormonat zurück. Die Nachfrage im Hochbau sank um 26 Prozent. Besonders deutlich fiel das Minus im öffentlichen Hochbau aus (-70 Prozent); allerdings hatten Großaufträge im Dezember 2022 zu einem kräftigen Zuwachs in dem Segment geführt. Auch der gewerbliche Hochbau verbuchte weniger neue Aufträge (-7,3 Prozent). Dage-

**Konjunktur im Bauhauptgewerbe in Rheinland-Pfalz**

Indikator	Jan 2023	
	Veränderung des Wertes ¹ zu	
	Dez 2022	Jan 2022
Auftragseingang	-16,6 % ↓	-11,9 % ↓
Hochbau insgesamt	-26,1 % ↓	-19,7 % ↓
Wohnungsbau	45,6 % ↑	-13,0 % ↓
gewerblicher Hochbau	-7,3 % ↓	-26,5 % ↓
öffentlicher Hochbau	-70,0 % ↓	-14,8 % ↓
Tiefbau insgesamt	-6,8 % ↓	-4,2 % ↓
gewerblicher Tiefbau	14,7 % ↑	19,6 % ↑
Straßenbau	-6,3 % ↓	-9,8 % ↓
sonstiger öffentlicher Tiefbau	-22,4 % ↓	-14,4 % ↓
Baugewerblicher Umsatz	-5,0 % ↓	7,3 % ↑
Hochbau insgesamt	-3,5 % ↓	7,3 % ↑
Wohnungsbau	-7,2 % ↓	2,6 % ↑
gewerblicher Hochbau	1,5 % ↗	18,2 % ↑
öffentlicher Hochbau	-8,8 % ↓	-10,0 % ↓
Tiefbau insgesamt	-6,4 % ↓	7,5 % ↑
gewerblicher Tiefbau	-4,7 % ↓	23,5 % ↑
Straßenbau	-2,3 % ↓	9,8 % ↑
sonstiger öffentlicher Tiefbau	-14,8 % ↓	-9,7 % ↓

¹ Endgültige nominale kalender- und saisonbereinigte Werte.

gen erzielte der Wohnungsbau nach starken Einbußen im Vormonat ein kräftiges Plus von 46 Prozent. Im Tiefbau sank das Ordervolumen um 6,8 Prozent. In zwei der drei Teilbereiche schrumpfte die Nachfrage. Im sonstigen öffentlichen Tiefbau gingen 22 Prozent und im Straßenbau 6,3 Prozent weniger Bestellungen ein als im Dezember 2022. Nur im gewerblichen Tiefbau nahm das Ordervolumen zu (+15 Prozent).

Die Auftragseingänge lagen im Hochbau um 20 Prozent und im Tiefbau um 4,2 Prozent unter dem jeweiligen Niveau des Vorjahresmonats; um Preisveränderungen bereinigt wäre das Minus vermutlich wesentlich größer ausgefallen.

Der Hochbau erzielte im Januar 2023 geringere baugewerbliche Umsätze als im Vormonat. Kalender- und saisonbereinigt lagen die Erlöse um 3,5 Prozent unter dem Niveau von Dezember 2022. Im öffentlichen Hochbau schrumpften die Umsätze um 8,8 Prozent und im Wohnungsbau um 7,2 Prozent. Die Erlöse im gewerblichen Hochbau nahmen hingegen um 1,5 Prozent zu. Im Tiefbau sanken die Umsätze um 6,4 Prozent. Die stärksten Einbußen musste der sonstige öffentliche Tiefbau hinnehmen (-15 Prozent). Auch der gewerbliche Tiefbau und der Straßenbau verzeichneten jeweils einen Umsatzrückgang (-4,7 bzw. -2,3 Prozent).

Im Vergleich zum Vorjahresmonat wuchsen die Umsätze in jeweiligen Preisen sowohl im Hochbau als auch im Tiefbau. Die Erlöse lagen 7,3 bzw. 7,5 Prozent über dem Niveau von Januar 2022.

Zahl der Baugenehmigungen 2022 rückläufig

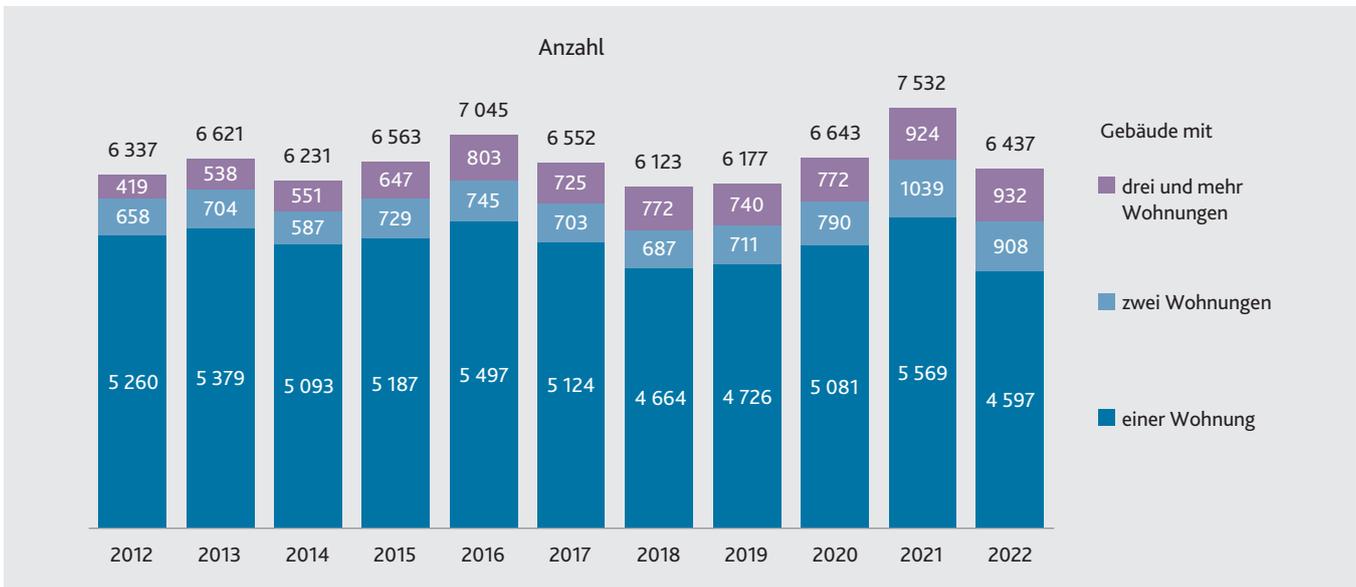
Im Jahr 2022 wurden in Rheinland-Pfalz deutlich weniger Genehmigungen zur Errichtung von neuen Wohngebäuden erteilt als im Jahr zuvor. Die Zahl sank um rund 15 Prozent auf 6 437. Die Anzahl der Wohnungen, die in diesen Gebäuden entstehen sollen, reduzierte sich auf 14 842 (-6,3 Prozent gegenüber 2021).

Trotz des Rückgangs lag die Zahl der genehmigten Wohnungen über dem Durchschnitt der vergangenen zehn Jahre (13 174). Das Jahr 2021 hatte den Höchststand an genehmigten Wohnungen der zurückliegenden zehn Jahre markiert. Die Zahl der genehmigten Wohnungen reichte 2022 nicht an das Ziel der Bundesregierung heran, jährlich 400 000 neue Wohnungen an den Markt zu bringen. Dafür wären – gemessen am Bevölkerungsanteil des Landes – in Rheinland-Pfalz knapp 20 000 Wohnungen erforderlich. Die Genehmigungen bilden nur die Bauabsicht ab. Die Zahlen der Baufertigstellungsstatistik, die Aufschluss darüber geben, wie viele Wohnungen tatsächlich gebaut wurden, werden im Juni veröffentlicht.

Die meisten Genehmigungen wurden – wie für Rheinland-Pfalz üblich – für Einfamilienhäuser erteilt. Deren Zahl



Genehmigte Wohngebäude (Neubau) 2012–2022 nach Anzahl der Wohnungen im Gebäude



ging im Vergleich zum Vorjahr allerdings deutlich um 17,5 Prozent auf 4 597 zurück. Bei den Zweifamilienhäusern sank sie um 13 Prozent auf 908 Wohneinheiten. Die Zahl der Genehmigungen von Mehrfamilienhäusern wuchs hingegen um 0,9 Prozent auf 932, wobei die Zahl der darin enthaltenen Wohnungen um drei Prozent auf 8 429 zulegte.

Der insgesamt deutliche Rückgang bei der Zahl der Baugenehmigungen dürfte auch auf die merklich gestiegenen Finanzierungskosten in Kombination mit spürbar gestiegenen Baukosten zurückzuführen sein. Im Jahr 2022 wurden für die geplanten Baumaßnahmen Kosten von insgesamt rund 3,66 Milliarden Euro veranschlagt. Damit lag der Wert, trotz erheblich rückläufiger Anzahl an Baugenehmigungen, unverändert zum Vorjahr. Durchschnittlich stiegen die Baukos-

ten pro Maßnahme um 17 Prozent im Vergleich zu 2021.

Landesweit kamen auf 10 000 Einwohnerinnen und Einwohner rechnerisch rund 36 Wohnungen in genehmigten neuen Wohngebäuden, wobei ein deutlicher Niveauunterschied zwischen den kreisfreien Städten (30 Wohnungen) und den Landkreisen (38 Wohnungen) besteht. Unter den kreisfreien Städten wies Trier mit fast 68 Wohnungen den mit Abstand höchsten Wert auf, gefolgt von Worms mit 45 Wohnungen. Die niedrigsten Werte gab es in Frankenthal (Pfalz) mit rund zehn sowie in Zweibrücken mit zwölf Wohnungen je 10 000 Einwohnerinnen und Einwohner. Unter den Landkreisen lag der Kreis Trier-Saarburg mit 60 Wohnungen an der Spitze, gefolgt vom Eifelkreis Bitburg-Prüm mit 52. Die niedrigsten Werte unter den Landkreisen verzeichneten der Kreis Kusel mit 22 und der Rhein-

Pfalz-Kreis mit 27 neuen Wohnungen je 10 000 Personen.

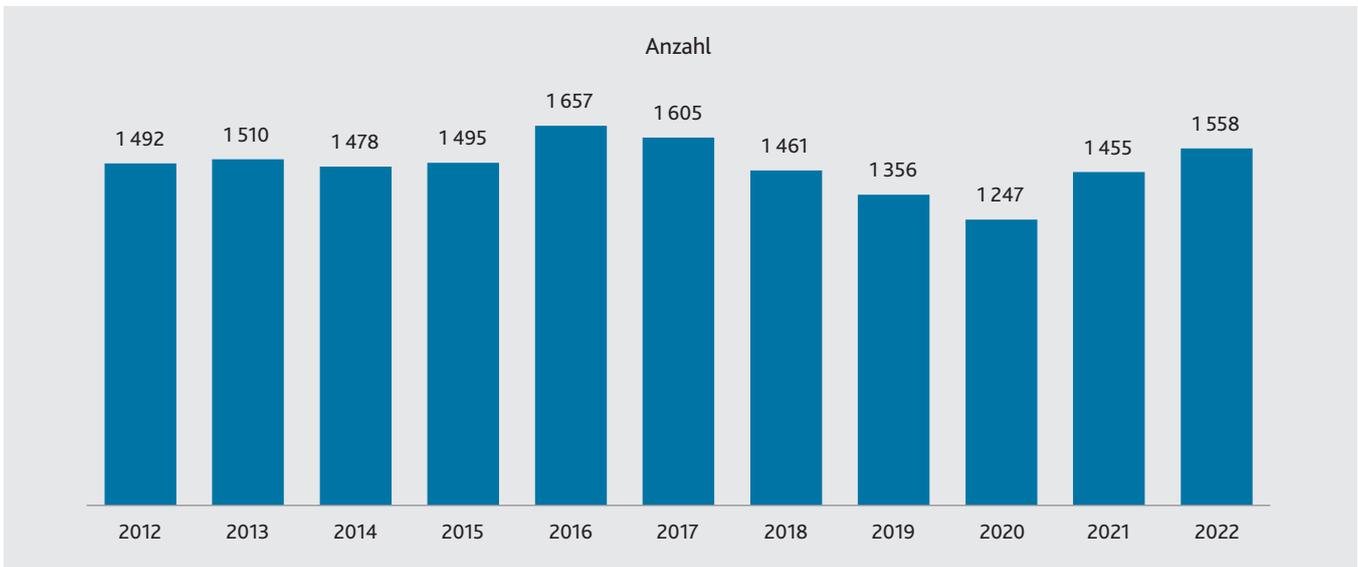
Mehr Baugenehmigungen im Nichtwohnbau

Die Zahl der Baugenehmigungen im Nichtwohnbau ist 2022 das zweite Jahr in Folge gestiegen, nachdem von 2017 bis 2020 ein kontinuierlicher Rückgang registriert worden war. Die Bauaufsichtsbehörden genehmigten im vergangenen Jahr den Bau von 1 558 neuen Nichtwohngebäuden. Das waren 7,1 Prozent mehr als 2021.

Während die veranschlagten Baukosten je Bauvorhaben gegenüber dem Vorjahr um 13 Prozent auf 1 174 000 Euro stiegen, erhöhte sich die Summe der Baukosten aller Bauvorhaben sogar um 20,5 Prozent auf fast 1,83 Milliarden Euro. Der umbaute Raum stieg um 1,9 Prozent bei gleichzeitigem Rückgang der geplanten Nutzfläche um 7,3 Prozent.



Genehmigte Nichtwohngebäude (Neubau) 2012–2022



Rund 68 Prozent der genehmigten neuen Gebäude waren sogenannte nichtlandwirtschaftliche Betriebsgebäude. Hierunter fallen vor allem Handels- und Lagergebäude (26 Prozent aller neuen Gebäude), Fabrik- und Werkstattgebäude (zehn Prozent) sowie Hotels und Gaststätten (2,3 Prozent). Insgesamt wurden 1064 nichtlandwirtschaftliche Betriebsgebäude genehmigt, zehn Prozent mehr als im Jahr 2021. Zudem wurden Baugenehmigungen für 181 landwirtschaftliche Betriebsgebäude (-11 Prozent), 116 Büro- und Verwaltungsgebäude (+7,4 Prozent) sowie 183 sonstige Nichtwohngebäude (+13 Prozent) erteilt.

Etwa 53 Prozent der Bauherren waren Unternehmen. Es folgten private Haushalte mit rund 36 Prozent und die öffentlichen Bauherren mit acht Prozent. Auffällig ist die starke Zunahme an geplanten Investitionen der privaten Haushalte in Nichtwohngebäude:

Im Jahr 2022 wurden 560 Baugenehmigungen erteilt, das waren 46 Prozent mehr als im Jahr zuvor.

Zahl der Erwerbstätigen erreicht im 4. Quartal 2022 neuen Höchststand

Der Aufwärtstrend am Arbeitsmarkt setzte sich im 4. Quartal 2022 fort. Nach vorläufigen Berechnungen des Arbeitskreises Erwerbstätigenrechnung der Länder erhöhte sich die Zahl der Erwerbstätigen mit Arbeitsort in Rheinland-Pfalz gegenüber dem 4. Quartal 2021 um 16500 bzw. 0,8 Prozent (Bundesdurchschnitt: +1,1 Prozent). Das Wachstum lag damit auf dem Niveau des 3. Quartals, aber deutlich unter der Zunahme in den ersten beiden Quartalen (jeweils +1,4 Prozent).

Insgesamt hatten im 4. Quartal 2022 durchschnittlich 2,06 Millionen Erwerbstätige ihren Arbeitsort in

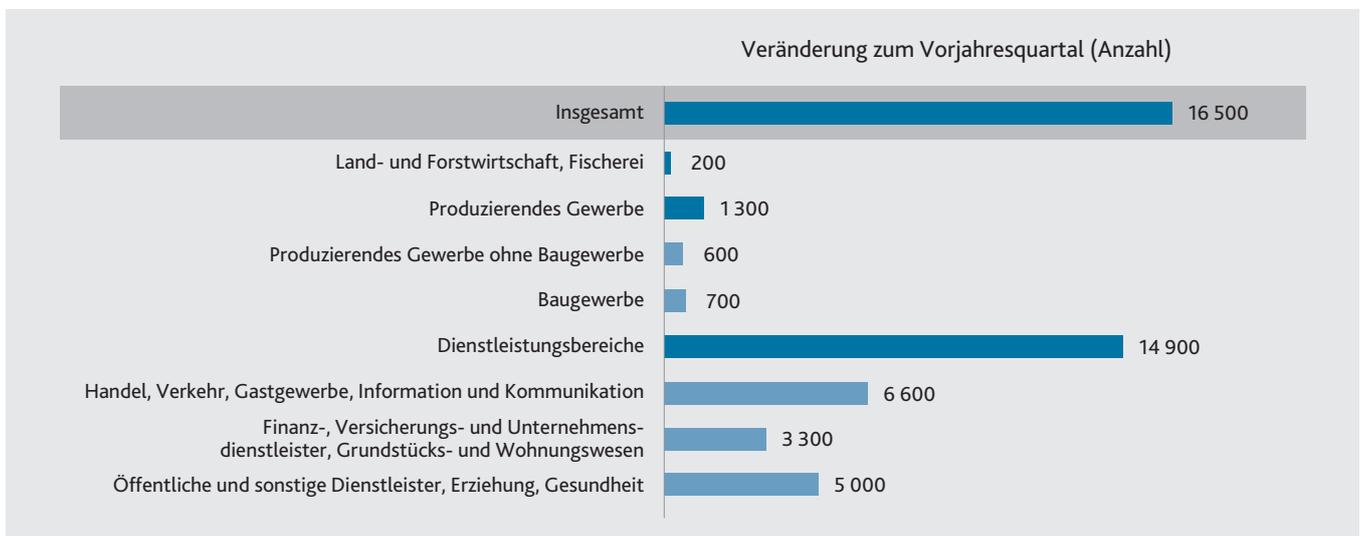
Rheinland-Pfalz. Die Erwerbstätigkeit überschritt damit erstmals das Niveau der Vor-Corona-Zeit und erreichte einen neuen Höchststand.

Eine noch bessere Entwicklung verhinderte eine weiterhin rückläufige Zahl an Selbstständigen und mithelfenden Familienangehörigen. Die Zahl der marginal Beschäftigten erhöhte sich dagegen im Vorjahresvergleich wieder, nachdem sie im 3. Quartal gesunken war.

Den größten Beitrag zur steigenden Erwerbstätigkeit lieferten die Dienstleistungsbereiche. Die Zahl der Erwerbstätigen nahm im 4. Quartal 2022 gegenüber dem Vorjahreszeitraum um 14900 Personen bzw. ein Prozent zu (Deutschland: +1,3 Prozent). In allen drei Teilbereichen des Dienstleistungssektors erhöhte sich die Beschäftigung, allerdings jeweils geringer als im Bundesdurchschnitt. Den größten Zuwachs verzeichnete der



Erwerbstätige am Arbeitsort im 3. Quartal 2022 nach Wirtschaftsbereichen



Teilbereich „Handel, Verkehr, Gastgewerbe, Information und Kommunikation“ mit +6 600 Personen (+1,3 Prozent; Deutschland: +1,6 Prozent). Im größten Teilbereich „Öffentliche und sonstige Dienstleister, Erziehung, Gesundheit“ waren 5 000 Personen mehr tätig. Das war allerdings mit 0,7 Prozent der prozentual geringste Anstieg im Dienstleistungssektor (Deutschland: +1 Prozent). Im kleinsten Teilbereich „Finanz-, Versicherungs- und Unternehmensdienstleister, Grundstücks- und Wohnungswesen“ stieg die Zahl der Erwerbstätigen um 3 300 bzw. 1,2 Prozent (Deutschland: +1,3 Prozent).

Das Produzierende Gewerbe verzeichnet ebenfalls weiter steigende Beschäftigtenzahlen. Von Oktober bis Dezember 2022 arbeiteten in diesem Bereich 1 300 Personen mehr als ein Jahr zuvor. Das entspricht einem Plus von 0,3 Prozent (Deutschland: +0,5 Prozent). Im größten Teilbereich, dem

Verarbeitenden Gewerbe, nahm die Erwerbstätigenzahl um 400 Personen bzw. 0,1 Prozent zu (Deutschland: +0,4 Prozent). Im Baugewerbe betrug das Plus 700 Personen bzw. 0,6 Prozent (Deutschland: +0,5 Prozent).

Auch in der Landwirtschaft stieg die Beschäftigung im 4. Quartal, nachdem im 3. Quartal ein Minus zu verzeichnen war. Die Zahl der Erwerbstätigen erhöhte sich um 200 Personen bzw. 0,5 Prozent (Deutschland: unverändert).

Arbeitsvolumen nimmt 2022 weiter zu

Im Jahr 2022 leisteten die gut zwei Millionen Erwerbstätigen in Rheinland-Pfalz 2,71 Milliarden Arbeitsstunden. Nach vorläufigen Berechnungen des Arbeitskreises „Erwerbstätigenrechnung der Länder“ bedeutet das einen Anstieg um 51 Millionen Stunden bzw. 1,9 Prozent gegenüber 2021. Im Bundesdurchschnitt nahm

das Arbeitsvolumen mit 1,4 Prozent etwas schwächer zu. Der Zuwachs in Westdeutschland ohne Berlin betrug 1,7 Prozent; in Ostdeutschland ohne Berlin verringerte sich die Zahl der Arbeitsstunden um 1,2 Prozent.

Ausschlaggebend für die positive Entwicklung war sowohl die steigende Zahl der Erwerbstätigen (+1,1 Prozent) als auch die Zunahme der Arbeitsstunden je Erwerbstätigen. Jede erwerbstätige Rheinland-Pfälerin bzw. jeder erwerbstätige Rheinland-Pfäler arbeitete 2022 durchschnittlich 1323 Stunden (Deutschland: 1341 Stunden). Das waren elf Stunden bzw. 0,8 Prozent mehr als 2021 (Deutschland: +1 Stunde bzw. +0,1 Prozent), aber immer noch deutlich weniger als das Vorkrisenniveau. Die Zahl der Kurzarbeitenden war 2022 im Vergleich zu den beiden Vorjahren sehr stark zurückgegangen, was wesentlich zu dem Anstieg der Arbeitszeit beitrug. Einen dämpfenden Effekt hatte 2022



der beträchtliche Anstieg des Krankenstandes und der damit verbundene Arbeitsausfall. Selbstständige und mithelfende Familienangehörige arbeiteten mit durchschnittlich 1846 Stunden wesentlich mehr als Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer (1274 Stunden).

Die durchschnittliche Zahl der Arbeitsstunden je Erwerbstätigen liegt in Rheinland-Pfalz unter dem Bundesdurchschnitt; im Vergleich der Länder belegt Rheinland-Pfalz den vorletzten Platz. Dabei ist jedoch zu beachten, dass in die Berechnung der Arbeitsstunden die Teilzeitbeschäftigten und die geringfügig Beschäftigten mit ihrer reduzierten Arbeitszeit einfließen. Bei der rech-

nerischen Ermittlung der Arbeitszeit je Erwerbstätigen werden die Teilzeit- und geringfügig Beschäftigten jedoch wie Vollzeitbeschäftigte behandelt. Rheinland-Pfalz weist im Vergleich der Bundesländer einen sehr hohen Anteil an geringfügig Beschäftigten auf und auch die Teilzeitquote liegt über dem Bundesdurchschnitt. Dadurch erklärt sich das vergleichsweise geringere Arbeitsvolumen je Erwerbstätigen in Rheinland-Pfalz.

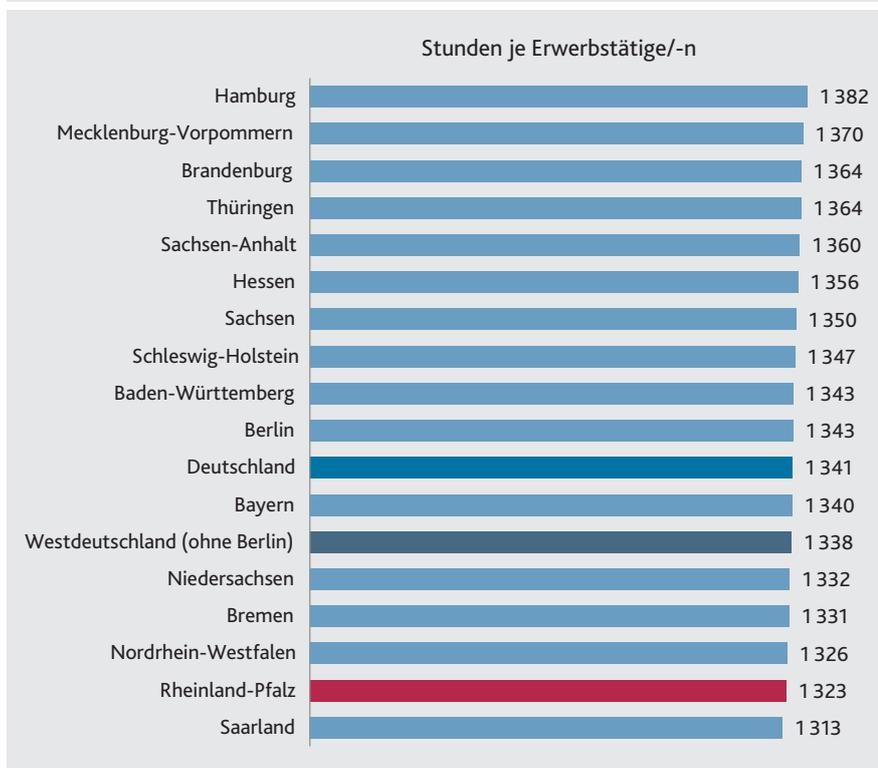
Die durchschnittliche Zahl der Arbeitsstunden je Erwerbstätigen ist in den Wirtschaftsbereichen sehr unterschiedlich. In der Land- und Forstwirtschaft war die Pro-Kopf-Arbeitszeit 2022 mit 1578 Stunden am höchsten (Deutschland: 1662 Stunden);

ein Grund dafür ist der hohe Anteil an Selbstständigen und mithelfenden Familienangehörigen. Gegenüber 2021 stieg die durchschnittliche Arbeitszeit je Erwerbstätigen in der Land- und Forstwirtschaft um sechs Stunden.

Im Produzierenden Gewerbe leisteten die Erwerbstätigen durchschnittlich 1443 Stunden pro Kopf (Deutschland: 1444 Stunden). Dabei lag das Baugewerbe mit 1520 Stunden (Deutschland: 1538 Stunden) deutlich vor dem Produzierenden Gewerbe ohne Baugewerbe mit 1417 Stunden (Deutschland: 1413 Stunden). Auch im Baugewerbe ist ein vergleichsweise hoher Anteil der Erwerbstätigen selbstständig. Gegenüber 2021 sank das Arbeitsvolumen je Erwerbstätigen im Baugewerbe um drei Stunden, im Produzierenden Gewerbe ohne Baugewerbe stieg es um eine Stunde.

Im Dienstleistungssektor erbrachten die Erwerbstätigen 2022 mit 1275 Arbeitsstunden deutlich weniger Stunden als im produzierenden Gewerbe (Deutschland: 1303 Stunden). In den Dienstleistungsbereichen ist der Anteil der geringfügig Beschäftigten und der Teilzeitbeschäftigten besonders hoch. Erwerbstätige im Bereich „Handel, Verkehr, Gastgewerbe, Information und Kommunikation“ arbeiteten 1316 Stunden (Deutschland: 1336 Stunden). Dieser Teilbereich verzeichnete mit einem Plus von 43 Stunden 2022 die stärkste Erhöhung der durchschnittlichen Arbeitszeit (Deutschland: +27 Stunden). Im Bereich „Finanz-,

Arbeitsvolumen 2022 nach Bundesländern





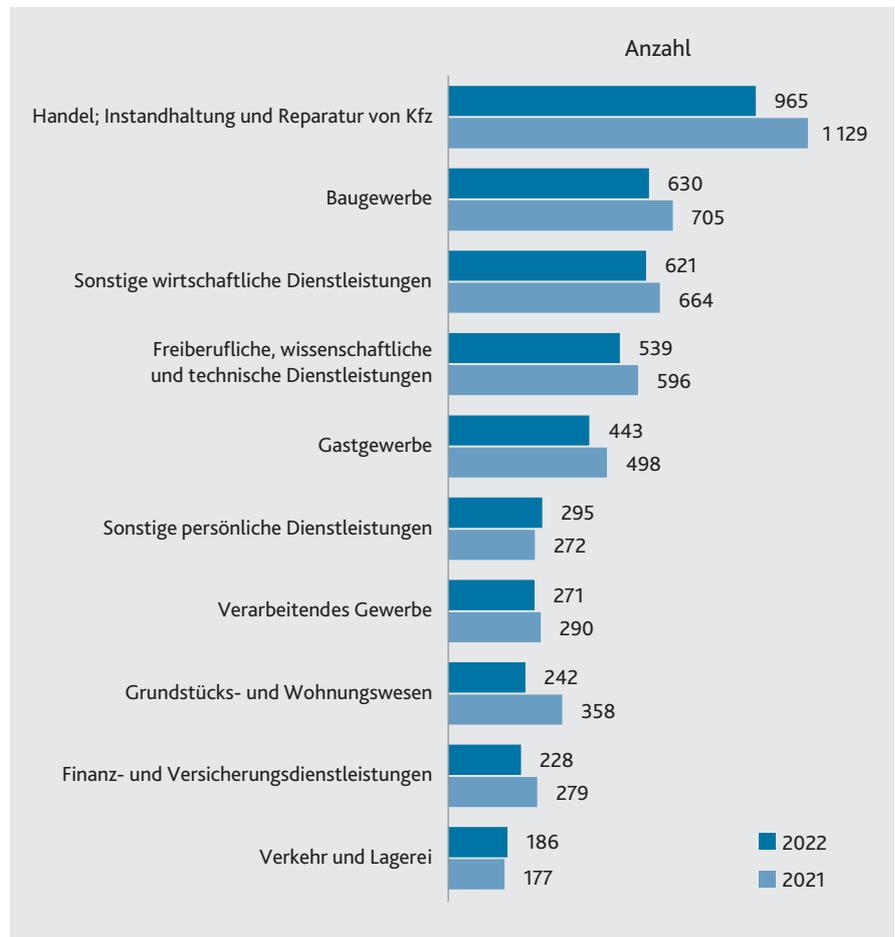
Versicherungs- und Unternehmensdienstleister, Grundstücks- und Wohnungswesen“ wurden 1326 Arbeitsstunden geleistet (Deutschland: 1349 Stunden). Das bedeutete einen Anstieg um zwei Stunden im Vergleich zum Vorjahr (Deutschland: +9 Stunden). Mit 1227 Stunden ist die durchschnittliche Arbeitszeit im Bereich „Öffentliche und sonstige Dienstleister, Erziehung, Gesundheit“, wie schon in den vergangenen Jahren, mit Abstand am geringsten (Deutschland: 1254 Stunden). Hier ist die Teilzeitquote besonders hoch. In diesem Abschnitt nahm die Pro-Kopf-Arbeitszeit um eine Stunde zu (Deutschland: -12 Stunden).

Weniger Betriebsgründungen 2022

Im Jahr 2022 wurden in Rheinland-Pfalz rund 31 500 Gewerbe angemeldet. Dies waren 6,3 Prozent weniger als im Jahr zuvor. Die Zahl der Gewerbebeanmeldungen lag mit knapp 27 400 nur leicht unter dem Wert des Vorjahres (-1 Prozent).

Zu den Betriebsgründungen zählten im vergangenen Jahr 4 981 Gewerbebeanmeldungen, das waren deutlich weniger als 2021 (-10 Prozent). Zu den Betriebsgründungen gehören alle Neugründungen von Kapital- und Personengesellschaften sowie alle Neugründungen von Einzelunternehmen, bei denen ein Handelsregister eintrag oder eine Handwerkskarte vorliegt oder die mindestens eine sozialversicherungspflichtig Beschäftigte bzw. einen sozialversicherungspflichtig Beschäftigten haben.

Betriebsgründungen¹ 2021 und 2022 nach ausgewählten Wirtschaftszweigen



Den höchsten Anteil an den Betriebsgründungen hatte mit 19 Prozent der Wirtschaftsabschnitt „Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kfz“. Den zweithöchsten Anteil stellte mit 13 Prozent der Wirtschaftsabschnitt „Baugewerbe“, dicht gefolgt von den „sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen“ mit 12,5 Prozent.

Die Betriebsgründungen je 10 000 Einwohnerinnen und Einwohner erreichten mit 23,9 den höchsten Wert in der kreisfreien Stadt Speyer, gefolgt von Landau (19,2) und Ludwigshafen (18,7). Den niedrigsten Wert unter den

kreisfreien Städten verzeichnete Pirmasens (11,5). Unter den Landkreisen wies der Landkreis Kaiserslautern mit 14 den höchsten Wert auf, Cochem-Zell mit 7,1 den niedrigsten.

Neben den Betriebsgründungen gab es im Jahr 2022 insgesamt 20 867 sogenannte sonstige Neugründungen. Dazu gehören die Gründung von Kleinunternehmen, die nicht im Handelsregister eingetragen sind, keine Handwerkskarte besitzen und über keine sozialversicherungspflichtig Beschäftigten verfügen, sowie die Gründung von Nebenerwerbsbetrieben. Von den sonstigen Neugrün-



dungen erfolgten 13 532 im Nebenwerb; das waren knapp 17 Prozent weniger als im Vorjahr.

Neben den Neugründungen – Betriebsgründungen und sonstige Neugründungen – gab es im vergangenen Jahr noch 5 645 weitere Gewerbebeanmeldungen. Hierunter fallen Umwandlungen sowie Zuzüge und Übernahmen.

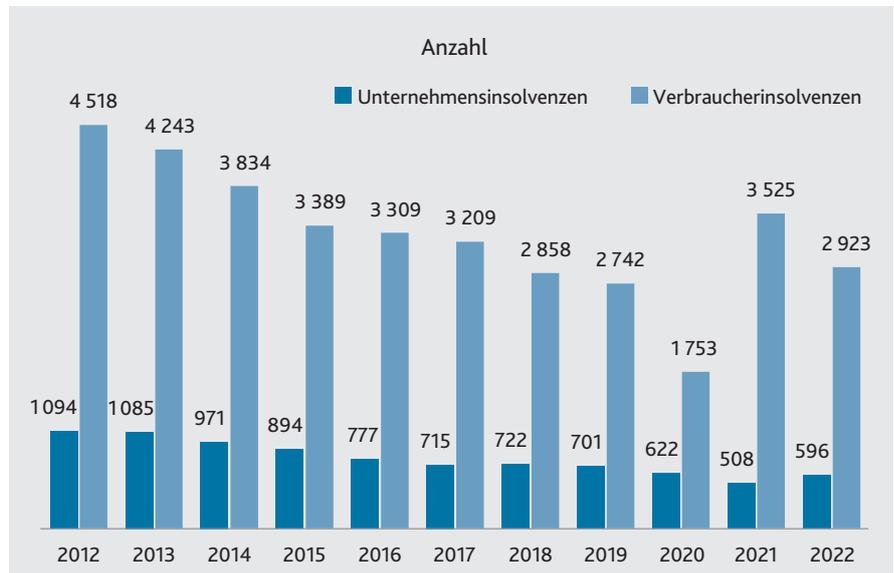
Die Zahl der Betriebsaufgaben – das Pendant zu den Betriebsgründungen – sank um 5,3 Prozent auf rund 3 900. Die sonstigen Stilllegungen, also die Aufgaben von Kleinunternehmen, lagen mit 18 117 um 4,2 Prozent über dem Wert von 2021.

Deutlich mehr Unternehmensinsolvenzen 2022

Die Zahl der Unternehmensinsolvenzen in Rheinland-Pfalz ist 2022 deutlich gestiegen. Im vergangenen Jahr stellten 596 Unternehmen einen Insolvenzantrag; das waren 17 Prozent mehr als 2021 (508). Damit lag die Zahl der Unternehmensinsolvenzen knapp unter dem Niveau von 2020 (622). Die Zahl der Verbraucherinsolvenzen war 2022 mit 2 923 um rund 17 Prozent niedriger als im Vorjahr.

Durch die beantragten Unternehmensinsolvenzen gerieten im vergangenen Jahr 3 871 Arbeitsplätze in Gefahr; das waren – trotz gesteigener Zahl der Unternehmensinsolvenzen – rund 17 Prozent weniger als im Vorjahr. Das Gesamtvolumen der voraussichtlichen Forderungen der Gläubiger stieg um rund 22 Prozent auf 723 Millionen Euro. Damit hatte jedes Unter-

Unternehmens- und Verbraucherinsolvenzen 2012–2022



nehmen zum Zeitpunkt der Stellung des Insolvenzantrags durchschnittlich etwa 1,2 Millionen Euro Schulden.

Die meisten Insolvenzanträge stellten – wie im Vorjahr – Unternehmen aus dem Baugewerbe (106 Anträge). Es folgten die Wirtschaftsabschnitte „Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen“ mit 89 sowie „Erbringung von freiberuflichen, wissenschaftlichen und technischen Dienstleistungen“ mit 69 Fällen.

Die Insolvenzhäufigkeit, also die Zahl der Insolvenzen je 1 000 wirtschaftlich aktiven Unternehmen, lag in den kreisfreien Städten (4,8) höher als in den Landkreisen (3,8). Den mit 7,6 höchsten Wert verzeichnete die kreisfreie Stadt Frankenthal, den mit 1,4 niedrigsten der Landkreis Cochem-Zell.

Die Zahl der Verbraucherinsolvenzen lag 2022 rund 17 Prozent unter der des Vorjahres und knapp elf Prozent

über dem Mittelwert der Jahre 2020 und 2021. Durch die Verabschiedung des Gesetzes zur Verkürzung der Dauer des Restschuldbefreiungsverfahrens am 22. Dezember 2020 gab es Verschiebungen in den Anmeldungen der Verbraucherinsolvenzen der Jahre 2020 und 2021. Die Aussicht auf eine kürzere Laufzeit von drei statt sechs Jahren hatte den Effekt, dass Ende 2020 deutlich weniger Anträge gestellt wurden, weil die Betroffenen das Inkrafttreten des Gesetzes abgewartet hatten. In den folgenden Monaten schlug sich das in deutlich höheren Antragszahlen nieder. Die Höhe der voraussichtlichen Forderungen der Gläubiger lag 2022 mit 128 Millionen Euro zwar 19 Prozent unter dem Wert des Vorjahres, jedoch sieben Prozent über dem Mittelwert der Jahre 2020 und 2021.

Die meisten Verbraucherinsolvenzen je 10 000 Einwohnerinnen und Einwoh-

ner verzeichnete im Jahr 2022 – wie in den Vorjahren – die kreisfreie Stadt Pirmasens mit 34,2. Den geringsten Wert wies der Landkreis Cochem-Zell mit 3,4 auf. Der Niveauunterschied zwischen kreisfreien Städten und Landkreisen ist bei den Verbraucherinsolvenzen stärker ausgeprägt als bei den Unternehmensinsolvenzen. In den kreisfreien Städten lag der Durchschnitt bei 10,5, in den Landkreisen bei 5,9.

Realer Umsatzrückgang im Kfz-Handel 2022

Die Umsätze im Kraftfahrzeughandel in Rheinland-Pfalz (einschließlich Instandhaltung und Reparatur von Kfz) lagen 2022 unter dem Vorjahresergebnis. Nach vorläufigen

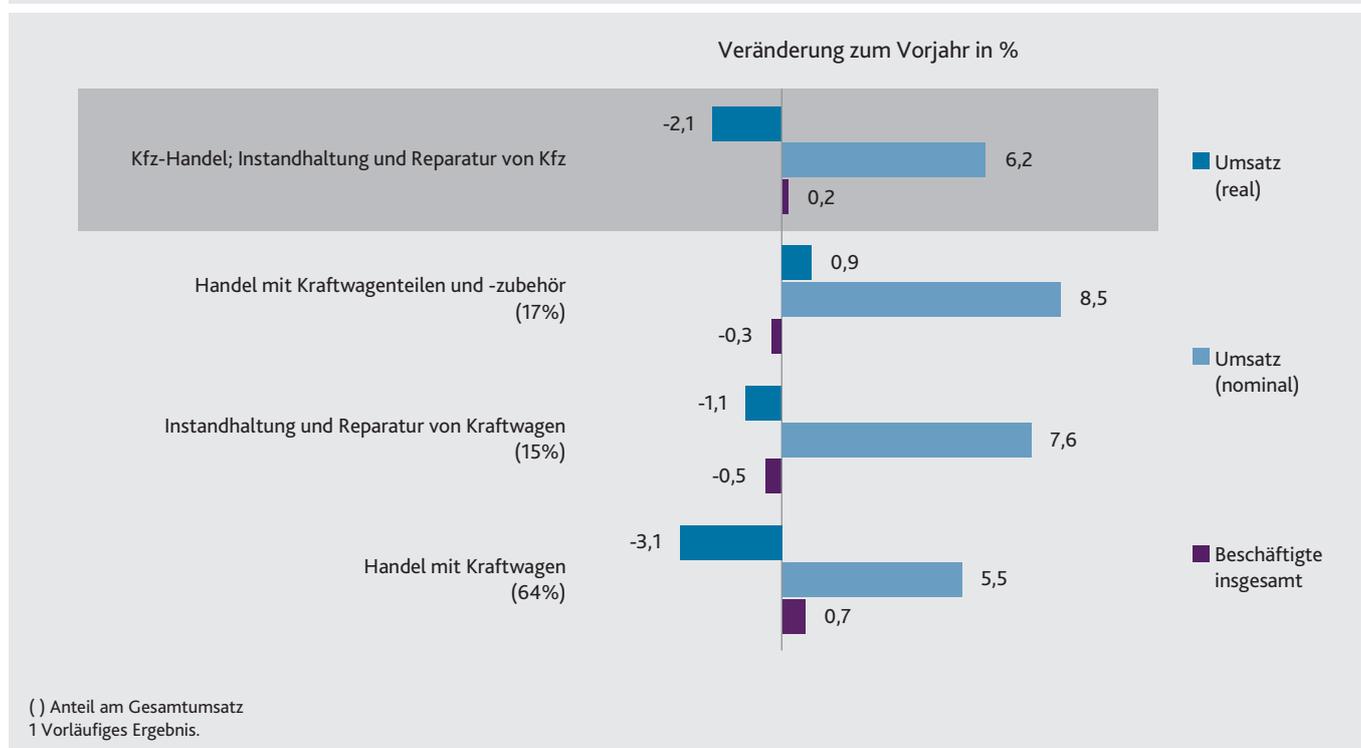
Berechnungen sank der Umsatz real, also um Preisveränderungen bereinigt, um 2,1 Prozent (Deutschland: -0,6 Prozent). Aufgrund von Preissteigerungen stiegen die Umsätze nominal, also zu jeweiligen Preisen, um 6,2 Prozent (Deutschland: +7,9 Prozent).

Der reale Umsatz im Handel mit Kraftfahrzeugen, dem umsatzstärksten Wirtschaftszweig, lag 3,1 Prozent unter den Jahresergebnissen 2021 (nominal: +5,5 Prozent). Das Minus im Bereich der Instandhaltung und Reparatur von Kraftwagen betrug 1,1 Prozent (nominal: +7,6 Prozent). Dagegen erzielte der Handel mit Kraftwagen und Kraftwagenzubehör 0,9 Prozent mehr Umsätze (nominal: +8,5 Prozent). Der Beschäftigten-

stand erhöhte sich geringfügig um 0,2 Prozent gegenüber den Vorjahresergebnissen.

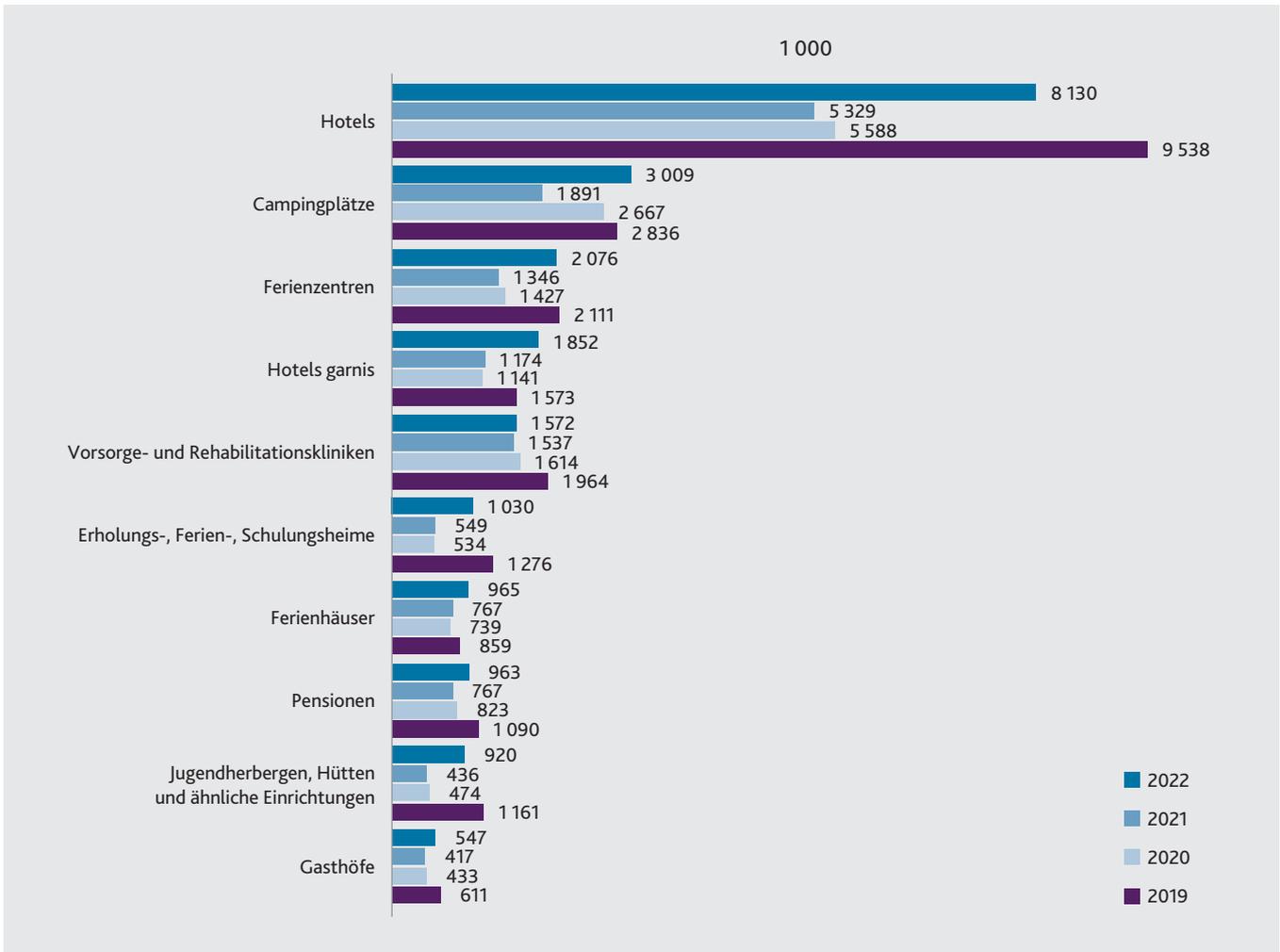
Im Dezember 2022 erzielte der Kfz-Handel ein reales Umsatzplus von fünf Prozent (nominal: +15 Prozent) gegenüber dem Vorjahresmonat. Umsatzzuwächse zeigten sich in allen Wirtschaftszweigen: Der Handel mit Kraftwagen stieg um sieben Prozent (nominal: +17 Prozent); der Handel mit Kraftwagenteilen und -zubehör sowie die Instandhaltung und Reparatur von Kraftwagen kamen auf 1,8 bzw. 2,3 Prozent mehr Umsätze (nominal: +11 bzw. +12 Prozent). Die Zahl der Beschäftigten erhöhte sich im gesamten Kfz-Handel um 0,4 Prozent.

Umsatz und Beschäftigte ausgewählter Wirtschaftszweige des Kraftfahrzeughandels¹ 2022





Übernachtungen 2019–2022 nach Betriebsarten



Trotz Zuwachs 2022 noch immer weniger Tourismus als vor Corona

Die rheinland-pfälzischen Tourismusbetriebe registrierten im Jahr 2022 deutlich mehr Gäste und Übernachtungen als im Vorjahr. Es kamen rund 7,9 Millionen Besucherinnen und Besucher nach Rheinland-Pfalz; das waren 62 Prozent mehr als 2021. Die Zahl der Übernachtungen stieg um 48 Prozent auf 21,1 Millionen.

Trotz positiver Entwicklungen konnte das Vor-Corona-Niveau nicht erreicht

werden: Die Zahl der Gäste lag 13 Prozent, die der Übernachtungen 8,5 Prozent unter der von 2019.

Das Jahresergebnis steht auch unter dem Einfluss der Hochwasserkatastrophe im Ahrtal im Juli 2021. Ohne die Berücksichtigung der Tourismusregion Ahr kamen 2022 im Vergleich zum Vor-Corona-Jahr 2019 zehn Prozent weniger Gäste, die 4,7 Prozent weniger Übernachtungen buchten.

Die größten Zunahmen bei den Gäste- und Übernachtungszahlen ge-

genüber 2021 gab es mit +74 bzw. +66 Prozent in der Region Rheinhessen. In der gemessen am Tourismusaufkommen beliebtesten Region Mosel-Saar nahm die Zahl der Gäste um 61 Prozent und die der Übernachtungen um 50 Prozent zu. In der zweitplatzierten Tourismusregion, der Pfalz, wuchs die Zahl der Gäste um 56 Prozent und die der Übernachtungen um 44 Prozent. Im Vergleich zu 2019 wies lediglich die Region Rheinhessen mehr Übernachtungen aus (+1,6 Prozent); die übrigen Regionen

verzeichneten Rückgänge zwischen 0,9 Prozent (Hunsrück) und 9,1 Prozent (Eifel). In der Region Ahr lag der Rückgang gegenüber 2019 bei 68 Prozent. Die Ergebnisse der Ahr-Region werden auch durch das geringere Übernachtungsangebot aufgrund der immer noch geschlossenen Betriebe infolge der Flutkatastrophe 2021 beeinflusst.

Die Übernachtungszahlen in den Kategorien Hotels garnis (+18 Prozent), Ferienhäuser und Ferienwohnungen (+12 Prozent) sowie Campingplätze (+6,1 Prozent) lagen über denen von 2019. Alle anderen Betriebsarten erreichten noch nicht das Vor-Corona-Niveau. Die Hotels als beliebteste Unterkunftsart verbuchten gegenüber 2019 ein Minus von 15 Prozent. Im Vergleich zu 2021 legten die Hotelübernachtungen 53 Prozent zu; in den Hotels garnis lag der Zuwachs bei 58 Prozent, auf Campingplätzen bei 59 Prozent. Die Übernachtungen in Ferienhäusern und Ferienwohnungen stiegen gegenüber 2021 um 26 Prozent.

Im Jahr 2022 kamen 6,4 Millionen Besucherinnen und Besucher aus dem Inland; das waren rund 81 Prozent aller Gäste (+53 Prozent gegenüber 2021). Diese buchten knapp 16,7 Millionen Übernachtungen (+38 Prozent). Die Zahl ausländischer Gäste nahm um 116 Prozent zu, die ihrer Übernachtungen um 107 Prozent.

Im Dezember 2022 besuchten 408100 Gäste Rheinland-Pfalz. Diese buchten eine Million Übernachtungen. Im Vergleich zum Dezember 2021 nahm die

Zahl der Besucherinnen und Besucher um 62 Prozent zu (Übernachtungen: +39 Prozent). Das Vor-Corona-Niveau wurde nicht erreicht: Im Dezember 2019 hatte die Zahl der Gäste noch um 19 Prozent und die der Übernachtungen um 16 Prozent höher gelegen.

Mehr Umsatz durch höhere Preise und weniger Personal im Handwerk 2022

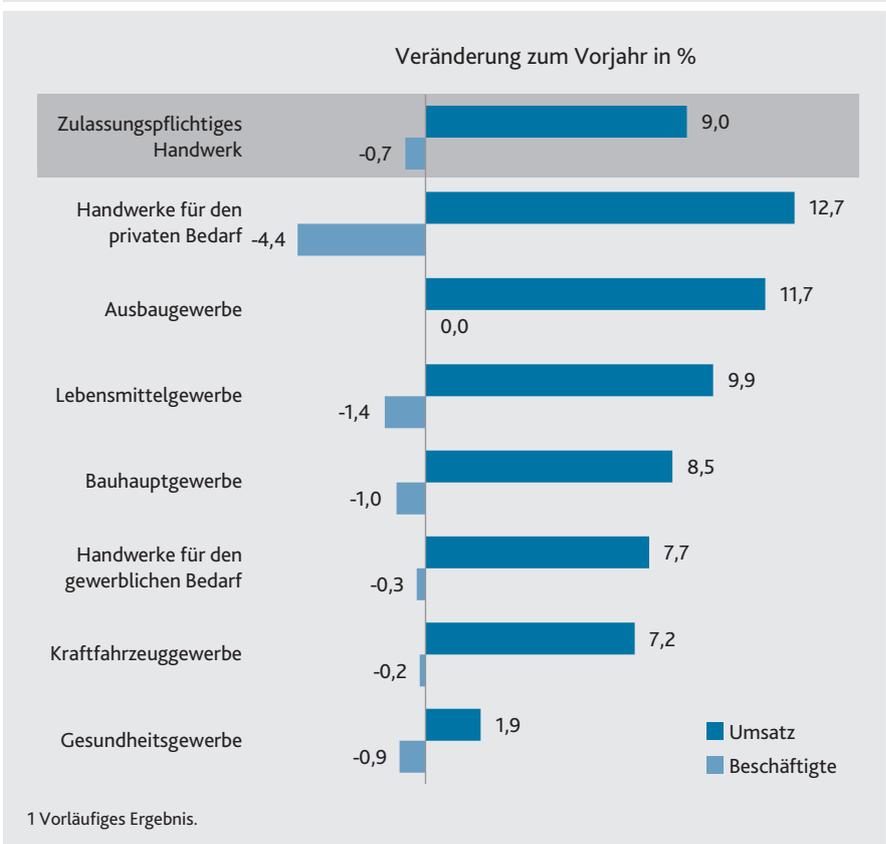
Das rheinland-pfälzische zulassungspflichtige Handwerk erzielte – auch unter dem Einfluss der gestiegenen Preise – im Jahr 2022 nominal mehr Umsatz als 2021. Nach vorläufigen Berechnungen erwirtschafteten die Handwerksbetriebe neun Prozent

mehr Erlöse (Deutschland: +9 Prozent). Die Zahl der Beschäftigten reduzierte sich dagegen um 0,7 Prozent (Deutschland: –0,8 Prozent).

In allen Handwerksgruppen nahmen die Umsätze zu. Die höchsten Zuwächse gab es bei den Handwerkern für den privaten Bedarf sowie im Ausbaugewerbe (+13 bzw. +12 Prozent). Das Bauhauptgewerbe erzielte 8,5 Prozent, das Gesundheitsgewerbe 1,9 Prozent mehr Einnahmen.

Die Zahl der Beschäftigten nahm im zulassungspflichtigen Handwerk um 0,7 Prozent ab. Im beschäftigungsinintensiven Ausbaugewerbe stagnierte die Beschäftigung auf dem Niveau

Umsatz und Beschäftigte im zulassungspflichtigen Handwerk 2022¹ nach Gewerbegruppen





des Vorjahres. Im Bauhauptgewerbe reduzierte sich die Belegschaft um ein Prozent. Besonders deutlich bauten die Handwerke für den privaten Bedarf Personal ab (-4,4 Prozent).

Im 4. Quartal 2022 erwirtschaftete das zulassungspflichtige Handwerk nominal 5,7 Prozent mehr Umsatz als im Vergleichszeitraum 2021 und damit deutlich weniger als noch im 1. Quartal des Jahres, als die Wachstumsrate 16 Prozent betragen hatte. Das Kraftfahrzeuggewerbe erhöhte die Einnahmen um 9,5 Prozent. Das Baugewerbe entwickelte sich uneinheitlich: Im Ausbaugewerbe stiegen die Umsätze um 8,7 Prozent; im Bauhauptgewerbe waren es nur 0,3 Prozent mehr Erlöse. Einzig im Gesundheitsgewerbe waren die Umsätze rückläufig (-1,3 Prozent).

Im Vergleich zum 4. Quartal 2021 sank die Zahl der Beschäftigten 2022 um 1,1 Prozent. Im Ausbaugewerbe verringerte sich die Zahl der Arbeitskräfte um 0,2 Prozent, im Bauhauptgewerbe um 1,9 Prozent. Im Lebensmittelgewerbe nahm die Zahl der Beschäftigten um 2,3 Prozent ab. Das Gesundheitsgewerbe sowie die Handwerke für den privaten Bedarf, die die geringsten Beschäftigungsanteile aufweisen, beschäftigten 1,1 bzw. 3,5 Prozent weniger Personal.

Erneut mehr Deutschlandstipendien

Im Jahr 2022 wurden in Rheinland-Pfalz knapp 1 400 Studierende mit einem Deutschlandstipendium nach dem Stipendienprogrammgesetz

Studierende mit Deutschlandstipendium 2017–2022 nach Geschlecht



gefördert. Gegenüber dem Vorjahr war das ein Anstieg von zehn Prozent. Damit erhielten 1,2 Prozent der Studierenden ein Deutschlandstipendium.

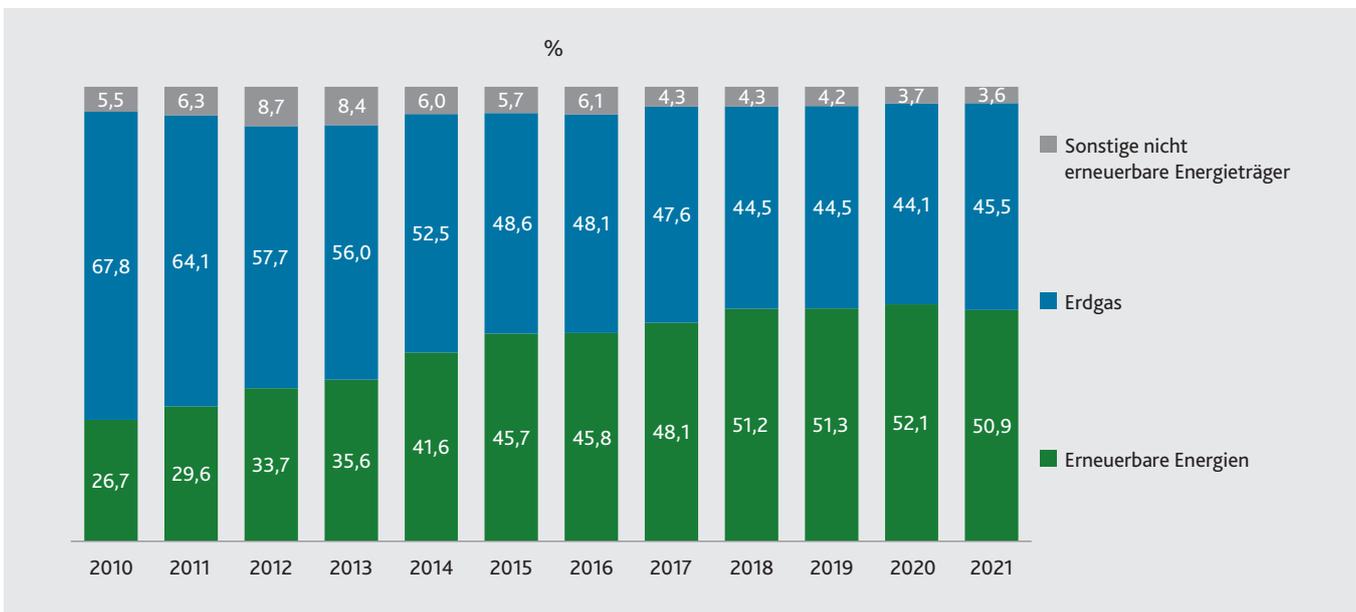
Mit einem Deutschlandstipendium werden besonders leistungsstarke und engagierte Studierende für mindestens zwei Semester mit monatlich 300 Euro unterstützt. Die Finanzierung erfolgt dabei zweigeteilt: Der Bund trägt 50 Prozent und 50 Prozent finanzieren private Förderer wie Unternehmen oder Stiftungen. Das Bundesministerium für Bildung und Forschung hat festgelegt, dass die Höchstgrenze, bis zu der eine Hochschule Deutschlandstipendien vergeben kann, bei 1,5 Prozent ihrer Studierenden liegt. Sofern eine Hochschule ihre Höchstgrenze nicht ausschöpft,

ist eine Umverteilung innerhalb der Hochschulen eines Bundeslands möglich.

Den höchsten Anteil an mit dem Deutschlandstipendium geförderten Studierenden hatte die Hochschule Mainz (2,3 Prozent), gefolgt von der Cusanus Hochschule für Gesellschaftsgestaltung Koblenz (zwei Prozent) und der Johannes Gutenberg-Universität Mainz (1,8 Prozent). Vergleichsweise niedrige Quoten verzeichneten die Universität Koblenz-Landau (unter 0,1 Prozent), die Hochschule Koblenz (0,3 Prozent) und die Vinzenz Pallotti University Vallendar (0,7 Prozent).

Mit etwa 620 Studierenden war 2022 beinahe die Hälfte (45 Prozent) der geförderten Stipendiatinnen und Stipendiaten in einem MINT-Studien-gang, also einem mathematischen,

Bruttostromerzeugung 2010–2021 nach Energieträgern



natur- oder ingenieurwissenschaftlichen Studienfach, eingeschrieben. Das war ein Prozentpunkt mehr als im Vorjahr.

Der Ausländeranteil unter den Stipendiatinnen und Stipendiaten lag 2022 bei 11,1 Prozent. Gegenüber 2017 stieg der Anteil der nicht deutschen Studierenden, die ein Deutschlandstipendium erhielten, um knapp vier Prozentpunkte.

51 Prozent der Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien

In Rheinland-Pfalz wurden 2021 rund 21,5 Milliarden Kilowattstunden Strom erzeugt. Die produzierte Menge Strom stieg damit seit 2010 um 29 Prozent. Der Zuwachs ist auf den Ausbau der Kapazitäten zur Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien zurückzuführen. Mittlerweile wird mehr als die Hälfte des

heimischen Stroms aus erneuerbaren Energien gewonnen (2021: 51 Prozent; 2010: 27 Prozent).

Windkraft ist die wichtigste erneuerbare Energiequelle zur Stromerzeugung. Im Jahr 2021 erzeugten die Windkraftanlagen 6,5 Milliarden Kilowattstunden Strom; das waren 14 Prozent weniger als im Jahr zuvor. Der Rückgang gegenüber dem Vorjahr lässt sich auf die Witterungsbedingungen zurückführen; das Jahr 2021 war deutlich windschwächer als 2020. Aus Fotovoltaikanlagen stammten 2,2 Milliarden Kilowattstunden Strom. Obwohl die Anlagenkapazität stieg, war die Stromerzeugung aus Fotovoltaikanlagen leicht rückläufig (-0,3 Prozent gegenüber 2020). Die Zahl der Sonnenstunden fiel 2021 geringer aus als im besonders sonnenreichen Jahr 2020. Aus Biomasse, Wasserkraft und sonstigen

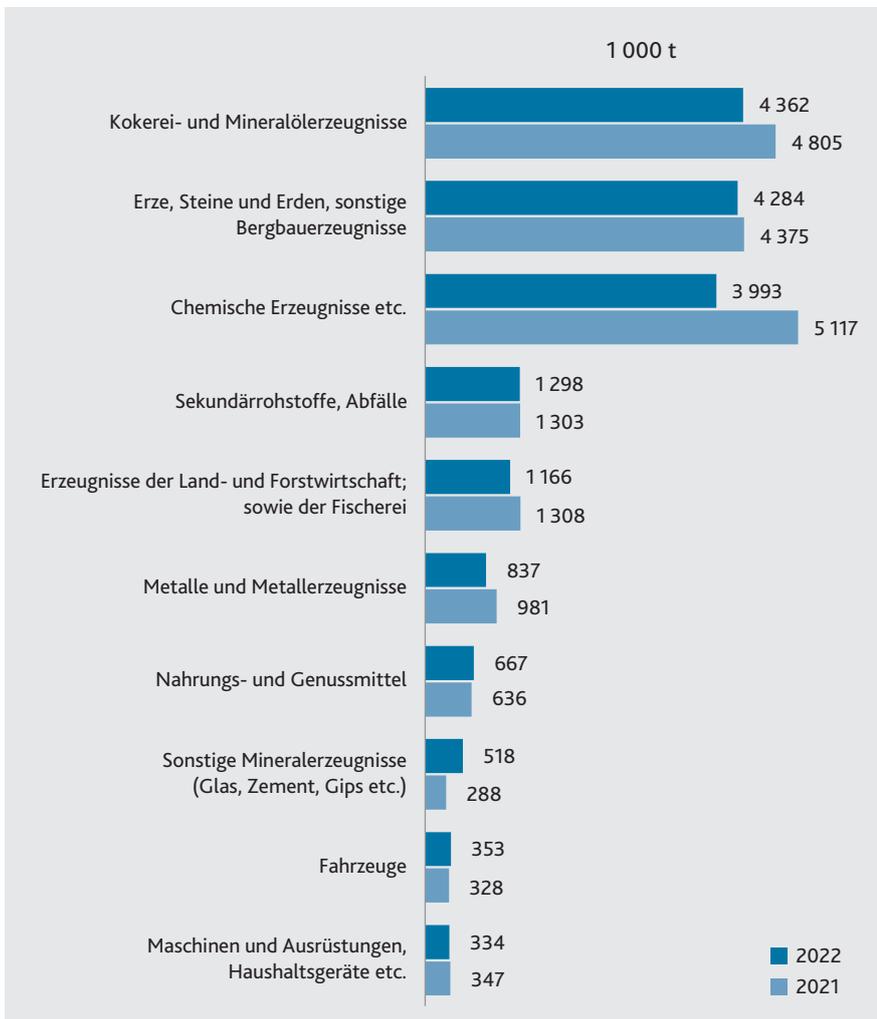
erneuerbaren Energien wurden 2021 insgesamt 2,2 Milliarden Kilowattstunden Strom gewonnen (+13 Prozent gegenüber 2020).

Mit dem langfristigen Wachstum der Stromerzeugung aus erneuerbaren Energieträgern sank der Anteil der fossilen Energieträger an der heimischen Stromerzeugung von 73 Prozent im Jahr 2010 auf 49 Prozent 2021. Als fossiler Energieträger kommt für die Stromproduktion hauptsächlich Erdgas zum Einsatz, aus dem 2021 rund 46 Prozent des rheinland-pfälzischen Stroms gewonnen wurde. Das entspricht 9,8 Milliarden Kilowattstunden. Der Anteil der anderen fossilen bzw. konventionellen Energieträger lag 2021 bei 3,6 Prozent.

Der Bruttostromverbrauch belief sich 2021 auf 29,3 Milliarden Kilowattstunden. Er blieb damit seit 2010 auf einem ähnlichen Niveau. Da die rheinland-



Güterumschlag von Januar bis Dezember 2021 und 2022 nach Güterabteilungen



pfälzische Stromerzeugungsmenge kleiner ist als der Stromverbrauch im Land, werden Stromimporte aus anderen Bundesländern bzw. aus dem Ausland gebraucht, um den rheinland-pfälzischen Strombedarf zu decken. Die Nettostromimporte beliefen sich 2021 auf 7,8 Milliarden Kilowattstunden. Im Jahr 2010 mussten noch rund 12,4 Milliarden Kilowattstunden des rheinland-pfälzischen Stromverbrauchs durch Importe gedeckt werden.

In die Strombilanz fließen Ergebnisse aus verschiedenen Jahresstatistiken ein. Es handelt sich dabei um Daten, die insbesondere bei Kraftwerks- und Netzbetreibern erhoben werden. Zuverlässig plausibilisierte Ergebnisse liegen erst nach einem Jahr vor. Die für die Erstellung der Strombilanz 2021 notwendigen Daten standen im Februar 2023 zur Verfügung.

Aus der Monatserhebung über die Stromein- und -ausspeisung bei Netzbetreibern gibt es aber bereits vor-

läufige und kumulierte Ergebnisse für 2022. Die Stromeinspeisung bei den Netzbetreibern entsprach 2021 rund drei Viertel der gesamten Bruttostromerzeugung. Im Jahr 2022 sank die gesamte Stromeinspeisung bei den Netzbetreibern gegenüber 2021 um 1,8 Prozent. Besonders die Einspeisung von Strom aus Erdgas war rückläufig (-12 Prozent gegenüber 2021).

Güterumschlag in der Binnenschifffahrt 2022 unter Vorjahresniveau

Im Jahr 2022 wurde in den rheinland-pfälzischen Häfen weniger Fracht umgeschlagen als 2021. Die Schiffs- bzw. Frachtführer meldeten einen Güterumschlag von rund 19,9 Millionen Tonnen. Das waren zwei Millionen Tonnen bzw. 9,3 Prozent weniger als im Vorjahr.

Der Gütereingang ging um 4,1 Prozent auf 11,5 Millionen Tonnen, der Versand um 16 Prozent auf 8,3 Millionen Tonnen zurück. Damit erreichte der Versand den niedrigsten Wert der vergangenen zehn Jahre. Auch der Empfang bewegte sich deutlich unterhalb des Mittelwertes der zurückliegenden Dekade. Ein Einflussfaktor für den Einbruch im dritten Quartal waren die niedrigen Wasserstände, insbesondere auf dem Rhein. Dadurch konnten die Schiffe zeitweise nur mit reduzierter Ladekapazität betrieben werden.

Die höchste Umschlagmenge entfiel mit rund 4,4 Millionen Tonnen auf die Abteilung „Kokerei- und Mineralölzeugnisse“ (-9,2 Prozent). Es



folgten „Erze, Steine und Erden, sonstige Bergbauerzeugnisse“ mit knapp 4,3 Millionen Tonnen (–2,1 Prozent) sowie die chemischen Erzeugnisse mit rund vier Millionen Tonnen und einem deutlichen Rückgang um 22 Prozent im Vergleich zum Vorjahr. Den größten Zuwachs verzeichnete die Abteilung „Sonstige Mineralerzeugnisse (Glas, Zement, Gips, etc.)“ mit 500 000 Tonnen (+80 Prozent im Vergleich zum Vorjahr). In der Abteilung „Holzwaren, Papier, Pappe, Druckerzeugnisse“ sank die Umschlagmenge um 36 Prozent auf rund 300 000 Tonnen.

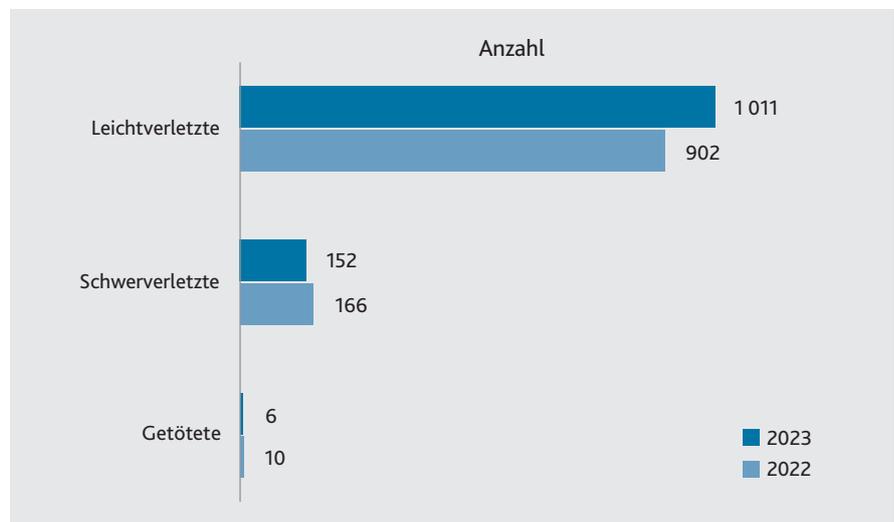
In Ludwigshafen, dem größten Binnenhafen des Landes, wurden 2022 rund 5,7 Millionen Tonnen umgeschlagen; das waren 20,7 Prozent weniger als im Vorjahr. Der zweitgrößte Hafen des Landes in Mainz wies mit rund 3,2 Millionen Tonnen hingegen einen Zuwachs von 8,3 Prozent im Güterumschlag auf.

Mehr Straßenverkehrsunfälle zu Jahresbeginn

Im ersten Monat 2023 verloren in Rheinland-Pfalz sechs Personen bei Verkehrsunfällen ihr Leben, vier weniger als im Vorjahresmonat. Damit liegt der Wert deutlich unter dem Zehnjahres-Mittelwert von rund zehn getöteten Unfallopfern im Monat Januar.

Im Januar 2023 registrierte die Polizei 11 055 Verkehrsunfälle, davon 907 Unfälle mit Personenschaden und 10 148 Unfälle mit nur Sachschaden. Die Zahl der Unfälle insgesamt lag um 1 121 bzw. rund elf Prozent über dem

Verunglückte im Straßenverkehr im Januar 2022 und 2023



Niveau des Vorjahresmonats. Bei den Unfällen mit Personenschaden war ein Anstieg um 96 bzw. knapp zwölf Prozent festzustellen. Die Zahl der Schwerverletzten lag bei 152, die der Leichtverletzten bei 1 011.

Im längerfristigen Vergleich liegen die Unfallzahlen im Januar 2023 rund vier Prozent über dem Mittelwert der zurückliegenden zehn Jahre. Die Zahl der Verunglückten, d. h. der Personen, die bei Unfällen getötet oder verletzt wurden, liegt hingegen mit 1 169 im Bereich des zehnjährigen Mittelwertes.

Steuereinnahmen der Kommunen erneut auf Rekordniveau

Die kassenmäßigen Steuereinnahmen der Kommunen lagen 2022 bei insgesamt rund 6,8 Milliarden Euro, dem höchsten je in Rheinland-Pfalz festgestellten Wert. Dieser vorläufige Wert ist 14 Prozent höher als 2021, als mit 5,9 Milliarden Euro bereits ein Rekordergebnis erzielt wurde. Im

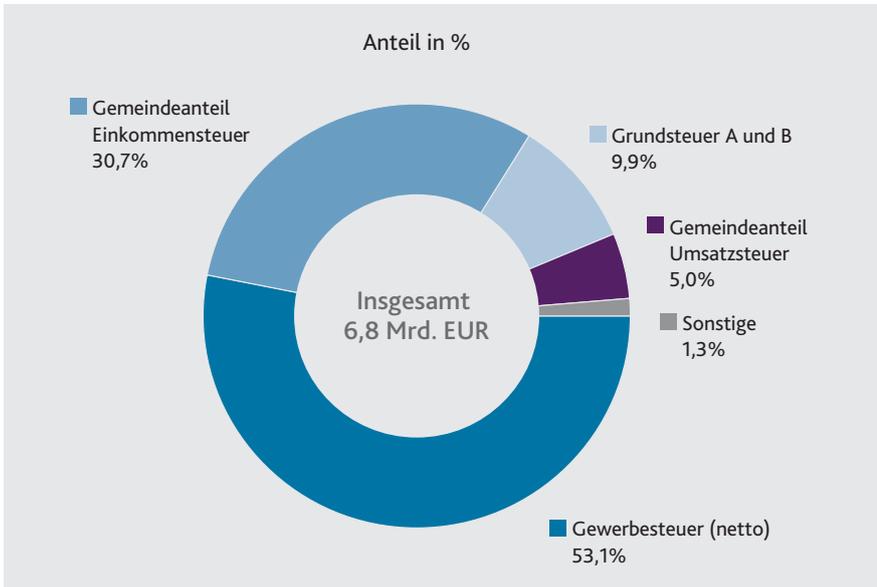
Vergleich zum Jahr 2012 stiegen die kommunalen Steuereinnahmen um fast 90 Prozent.

Wie im Jahr zuvor war die Entwicklung bei den Realsteuern hierfür ausschlaggebend. Im Vergleich zu 2021 wuchsen sie um 778 Millionen Euro bzw. 22 Prozent auf 4,3 Milliarden Euro. Dieser Zuwachs ist fast ausschließlich auf den Anstieg bei den Gewerbesteuereinnahmen zurückzuführen, die rund 3,6 Milliarden Euro betragen (+738 Millionen Euro bzw. +26 Prozent) und damit mehr als 53 Prozent der gesamten Steuereinnahmen der Kommunen ausmachten. Erneut ist es die Landeshauptstadt Mainz, die herausragt: Mit rund 1,3 Milliarden Euro konnte sie ihre Gewerbesteuereinnahmen gegenüber dem bereits hohen Vorjahreswert fast verdoppeln.

Neben der Gewerbesteuer trugen die Grundsteuer A mit 19 Millionen und die Grundsteuer B mit 646 Millionen



Steuereinnahmen der Kommunen 2022



Euro zu den Realsteuereinnahmen bei. Damit entfielen 63 Prozent der Steuereinnahmen der Kommunen auf die Realsteuern.

Eine weitere wichtige Einnahmequelle für die Kommunen sind die Gemeindeanteile an den Gemeinschaftssteuern, die mit 2,4 Milliarden Euro (+1,9 Prozent) 36 Prozent an den gesamten Steuereinnahmen ausmachten. Mit rund 2,1 Milliarden Euro (+3,8 Prozent) stammt der größte Teil aus dem Gemeindeanteil an der Einkommensteuer und mit 337 Millionen Euro (-8,4 Prozent) der kleinere Teil aus dem Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer.

Über alle rheinland-pfälzischen Kommunen hinweg war ein positiver Finanzierungssaldo von 945 Millionen Euro zu verzeichnen. Dies sind nur 20 Millionen Euro bzw. zwei Prozent weniger als 2021, als mit 966 Millionen Euro

der höchste Wert in der Geschichte des Landes erzielt wurde. Der Finanzierungssaldo ist eine wichtige Kenngröße zur Finanzlage der Kommunen. Er berücksichtigt sowohl die Einnahmen als auch die Auszahlungen und zeigt, ob am Ende des Jahres noch „Geld in der Kasse“ verblieben ist.

Zwischen den verschiedenen kommunalen Ebenen gibt es zum Teil deutliche Unterschiede. Von den zwölf kreisfreien Städten wiesen sieben einen positiven, fünf einen negativen Saldo auf. Aufgrund der hohen Gewerbesteuereinnahmen wurde der mit Abstand höchste positive Saldo für Mainz ermittelt (767,1 Millionen Euro). Am anderen Ende der Skala befindet sich Ludwigshafen mit einem negativen Saldo von 45,8 Millionen Euro. Auch in Relation zur Bevölkerung erzielte Mainz den höchsten positiven Wert (3 496 Euro je Einwohnerin bzw. Einwohner). Den größ-

ten einwohnerbezogenen Fehlbetrag wies Worms mit 284 Euro auf.

Von den 24 Kreishaushalten beendeten 13 das vergangene Jahr mit einem positiven Finanzierungssaldo, die anderen elf wiesen einen Fehlbetrag auf. Sowohl absolut (32,4 Millionen Euro) als auch je Einwohnerin bzw. je Einwohner (174 Euro) wies Neuwied die höchsten positiven Salden vor. Die höchsten negativen Salden waren im Eifelkreis Bitburg-Prüm zu beobachten (-34,8 Millionen Euro bzw. -338 Euro je Einwohnerin bzw. je Einwohner).

Werden die Haushalte der kreisangehörigen Gemeinden betrachtet, so ändert sich das Bild. Hier wiesen sowohl absolut als auch relativ die Kommunen im Landkreis Birkenfeld den höchsten positiven Saldo auf. Wie im Jahr zuvor dürfte dies vor allem auf hohe Gewerbesteuereinnahmen in Idar-Oberstein zurückzuführen sein. Für alle Kommunen des Landkreises errechnet sich ein positiver Finanzierungssaldo in Höhe von 112,9 Millionen Euro bzw. 1 382 Euro je Einwohnerin bzw. je Einwohner. Die höchsten negativen Salden weisen die Städte und Gemeinden im Landkreis Ahrweiler auf. Der Fehlbetrag lag hier bei 37,6 Millionen Euro sowie einwohnerbezogen bei 294 Euro. Von allen kreisangehörigen Kommunen (Ortsgemeinden, verbandsfreie Gemeinden und Verbandsgemeinden) in Rheinland-Pfalz hatten 1 546 (64 Prozent) einen positiven und 872 (36 Prozent) einen negativen Finanzierungssaldo.

Zum Internationalen Frauentag am 8. März: Neues Faltblatt „Frauen in Rheinland-Pfalz“ veröffentlicht

Titelfoto: © simona – stock.adobe.com

Das Statistische Landesamt in Bad Ems hat aus Anlass des Internationalen Frauentags am 8. März 2023 das Faltblatt „Frauen in Rheinland-Pfalz“ neu aufgelegt. Anhand ausgewählter Daten der amtlichen Statistik zu verschiedenen Themenbereichen stellt die Publikation die Situation von Frauen in verschiedenen Lebensbereichen dar und weist kleinere und größere Unterschiede zwischen den beiden Geschlechtern aus:

- Frauen leben länger als Männer: Die durchschnittliche Lebenserwartung eines heute geborenen Mädchens ist mit 83,2 Jahren um 4,4 Jahre höher als die eines Jungen (78,8 Jahre).
- Frauen heiraten früher als Männer: Bei ihrer ersten Eheschließung sind Frauen im Durchschnitt 31,5 Jahre alt, während Männer mit 34 Jahren erstmals heiraten.
- Mehr als 80 Prozent der Alleinerziehenden im Jahr 2021 sind Frauen.
- Frauen erreichen im Durchschnitt höhere Bildungsabschlüsse als Männer: Knapp 43 Prozent der jungen Frauen verlassen die allgemeinbildenden Schulen mit der allgemeinen Hochschulreife, bei den jungen Männern sind es nur rund 33 Prozent. Außerdem werden 56 Prozent der bestandenen Abschlussprüfungen an Hochschulen von Frauen abgelegt.
- Mehr als 72 Prozent der Lehrkräfte an allgemeinbildenden Schulen sind weiblich.
- Bei den Professorenstellen sind Frauen mit einem Anteil von 25 Prozent dagegen deutlich unterrepräsentiert.
- Frauen sind häufig teilzeitbeschäftigt: Mehr als jede zweite erwerbstätige Frau arbeitet in Teilzeit (52 Prozent), bei den Männern beträgt die Teilzeitquote nur zehn Prozent.
- Frauen sind in Führungspositionen deutlich seltener vertreten als Männer: Der Frauenanteil unter den Führungskräften beträgt weniger als 28 Prozent.
- Der durchschnittliche Bruttostundenverdienst einer Frau ist 3,39 Euro niedriger als der eines Mannes.
- Frauen sind seltener in Verkehrsunfälle mit Personenschaden verwickelt: Nur knapp 34 Prozent der Unfallbeteiligten sind weiblich.
- Frauen begehen weniger Straftaten: Nur etwa ein Fünftel aller Verurteilungen betrifft Frauen. Bei den Strafgefangenen liegt ihr Anteil mit 7,7 Prozent noch niedriger.

Das Faltblatt „Frauen in Rheinland-Pfalz“ steht zum kostenfreien Download zur Verfügung:



www.statistik.rlp.de/de/publikationen/faltblaetter-und-broschueren